

Bezirksregierung Detmold
Dezernat 25
Leopoldstraße 15
32756 Detmold

Ort, Datum

Kontaktdaten der Sachbearbeitung

Auskunft erteilt

E-Mail

Telefon

Wichtiger Hinweis zur Übermittlung:

Senden Sie den Antrag **ausschließlich per E-Mail** und ausschließlich an das Funktionspostfach post25@brdt.nrw.de. Wir bitten darauf zu verzichten, dieses Muster zusätzlich per Post zu übersenden.

Beachten Sie bitte, dass dieses Muster nicht im Original zurückgesendet wird, denn die Formularfelder sollen nach Übersendung nicht mehr veränderbar sein. Drucken Sie es entweder mit einem **PDF-Drucker** (z.B. „Microsoft Print to PDF“) oder **scannen sie es** ein, sofern Sie es noch auf Papier ausdrucken sollten.

**Erstantrag (einschließlich Aktualisierung bis zur Erstbewilligung)
Änderungsantrag auf Gewährung einer Zuwendung / eines Zuschusses**

Ordnungsmerkmal (OM):
sofern bekannt/schon vergeben

1. Antragsteller*in

Name/Bezeichnung	
Anschrift	
E-Mail-Adresse Funktionspostfach	

2. Maßnahme

Bezeichnung			
Durchführungszeitraum	Geplanter Maßnahmebeginn (erste Auftragsvergabe)	Geplanter Baubeginn	Geplante Bauzeit (ab Baubeginn)
	Datum	Datum	Dauer in Jahren/Monaten

3. Statistische Daten	
Baulänge der Gesamt-Maßnahme in Metern	
Gesamtlänge des Radweges (beidseitige Radwege zählen doppelt, Angabe in Metern)	
davon	Neuanlage eines selbstständig geführten Radweges
	Neuanlage eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges
	Einbeziehung anderer Straßen und Wege, sofern diese für die dauerhafte Radverkehrsführung ausgebaut werden
	grundhafte Sanierung und Ausbau bereits vorhandener Geh- und Radwegeverbindungen
	Markierung von Radfahrstreifen und Schutzstreifen
Radwegeanteil an Gesamtmaßnahmen (prozentualer Kostenanteil an Gesamtkosten des Vorhabens)	
Anzahl neu geschaffener Fahrradabstellplätze (z.B. 2 Plätze je Anlehnbügel, 1 Platz je Fahrradbox, etc.)	

4. Finanzierungsplan		
Alle Beträge sind auf 100 Euro zu runden		Summe
4.1	Gesamtkosten (inkl. nicht zuwendungsfähiger Kosten)	
4.2	davon grundsätzlich zuwendungsfähige Kosten	
4.3	abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentlicher Förderung)	
4.4	Zuwendungsfähige Gesamtkosten	
4.5	Beantragte Förderung (Nr. 5)	
4.6	beantragte / bewilligte öffentl. Förderung sonstiger Fördergeber (ohne Nr. 4.5) durch	
4.7	Eigenanteil (gesamt)	
Davon		
4.7.1	zweckgebundene Spenden	
4.7.2	finanzielle Beteiligung einer Kommune	
4.7.3	Eigenanteil des Antragstellers	

5. Beantragte Förderung	
Zuwendungsbereich	Zuweisung Betrag in EUR
Förderrichtlinie	

6. Begründung (Erläuterungsbericht)

Im Falle eines separaten Erläuterungsberichtes können Sie in den Punkten 6.1 und 6.2 auf diesen verweisen.

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

Erläuterung der verkehrlichen, städtebaulichen und/oder umweltbedeutsamen Dringlichkeit des Vorhabens

ggfls. separates Blatt verwenden

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7 Haushalterische Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

7.1	für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich ist. genehmigt/noch nicht genehmigt ist. Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten.
7.2	die Haushaltsführung mit einer genehmigten Verringerung der allgemeinen Rücklage nicht erfolgt. erfolgt.
7.3	nachträgliche Änderungen bis zur Erstbewilligung bezüglich Ziffer 7.1 oder 7.2 unverzüglich angezeigt werden.

Sofern für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept genehmigt/noch nicht genehmigt ist oder die Haushaltsführung unter Verringerung der allgemeinen Rücklage erfolgt, ist diesem Antrag eine Stellungnahme der Kämmererei hinzuzufügen. Nutzen Sie hierfür das **Muster 03**.

Darüber hinaus ist der vollständige Antrag der Bezirksregierung über die Kommunalaufsicht des Kreises einzureichen (mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Bielefeld). Von dort soll dem Antrag eine finanzaufsichtliche Stellungnahme beigefügt werden.

7.4 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin / den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.

8. weitere Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

8.1	mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird. Ausnahme: Bescheid über die Ausnahme von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO (vorzeitiger Maßnahmebeginn) ist am _____ erteilt worden.
8.2	sie / er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt ist berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nrn. 4.1 und 4.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).
8.3	der notwendige Grunderwerb gesichert ist und alle für das Vorhaben notwendigen Genehmigungen vorliegen.
8.4	die Zuwendungen a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.
8.5	die Ausfüllhinweise zum Muster 1 beachtet wurden.
8.6	die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

9. Anlagen

Beigefügte Anlagen bitte ankreuzen (Pflichtanlagen sind bereits angekreuzt)

	Muster 02 (Anlage Ausgaben)
	Muster 03
	Bau- und / oder Raumprogramm
	Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der (Bau-) Maßnahme und Ausführungsart (Beschreibung des Vorhabens) sofern nicht in den Ziffern 6.1 und 6.2 bereits abschließend erläutert.
	Darlegung, warum das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erforderlich ist und dass die Fördervoraussetzungen zum Zeitpunkt der Bewilligung vorliegen werden
	Mitteilungen, mit welchem Ergebnis folgende Abstimmungen erfolgt sind: mit der zuständigen Straßenverkehrsbehörde mit den kommunalpolitischen Entscheidungsgremien mit den zuständigen Natur- und Landschaftsschutzbehörde mit der zuständigen Wasserbehörde mit Polizei, Trägern des Brandschutzes und Trägern der Rettungsdienste mit mitbetroffenen Baulastträgern (z. B. Straßen.NRW, DB) mit weiteren städtebaulichen und strukturwirksamen Maßnahmen
	Vermerk über die Anhörung der Behindertenvertretung zur Vorhabenplanung und eine Auflistung der Maßnahmen, die zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant sind (Mobilitätsbescheinigung) Grundsätzlich verpflichtend bei allen baulichen Maßnahmen.
	Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über den Stand des Grunderwerbs, die planungsrechtlichen Voraussetzungen (Bebauungsplan /Planfeststellung), die Beteiligungsbereitschaft Dritter (Verwaltungsvereinbarungen) sowie über das Ergebnis der erfolgten Abstimmung mit städtebaulichen und wirtschaftsstrukturellen Maßnahmen, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen, Bericht über den Stand der baufachlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die – soweit bereits vorhanden – beizufügen sind
	<u>Planunterlagen</u> (bei Baumaßnahmen pflichtig) Übersichtsplan (Stadtplan o.ä.) mit Darstellung des kommunalen Gesamtverkehrskonzepts, oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan Lageplan 1:5.000 mit Einzeichnung des geplanten Gesamtvorhabens, dieses ggf. nach Bauabschnitten/Verkehrswerten unterteilt, einschließlich etwaiger bereits laufender oder fertiggestellter Abschnitte Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan; Bauentwurf in Anlehnung an die Richtlinie für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau (RE); einschließlich Grunderwerbspläne und Grunderwerbsverzeichnisse Regelquerschnitt (alt/neu)
	Darstellung der Beschaffenheit des Baugrundes (ggf. Altlastenerklärung)
	<ul style="list-style-type: none">• Kostenberechnung• Bei Änderungsantrag zusätzlich: Gegenüberstellung der Kostenberechnungen mit Muster 18
	Angaben des vorgesehenen Vergabeverfahrens
	Bauzeitplan
	Vergleichsberechnungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten und in besonders begründeten Fällen eine Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung

Ort, Datum

Namenswiedergabe und Funktion

10. Ergebnis der Antragsprüfung durch die fachliche Stelle (Nr. 6.8 VVG)

Auszufüllen durch die Bewilligungsbehörde

Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die (Bau-) Maßnahme den (baulichen) Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

- entspricht.
 nicht entspricht.

	Gesamtkosten	Zuwendungsfähige Kosten
Für die Durchführung der Maßnahme hat die Antragstellerin / der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt:		
Aufgrund der Prüfung ergeben sich folgende Beträge:		

- Siehe gesonderten Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrages.

(Ort, Datum)

(Namenswiedergabe / Unterschrift)